

Versäumtes aufholen, Neues schaffen!

Gemeinsame wirtschaftspolitische
Positionen des deutschen
Maschinen- und Anlagenbaus 2018



Inhalt

- 2** Der VDMA im Profil
- 3** Versäumtes aufholen, Neues schaffen!
Vorwort VDMA-Präsident Carl Martin Welcker
- 4** Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik
- 6** Außenwirtschaft
- 8** Digitalisierung – Industrie 4.0
- 10** Energie und Klima
- 12** Europa
- 14** Fachkräftesicherung und Bildung
- 16** Forschung
- 18** Soziale Sicherung
- 20** Steuern
- 22** Technikpolitik
- 24** Umwelt
- 26** Zukunftsfähiger Staat
- 28** Weitere Informationen

Der VDMA im Profil

Eine starke Interessenvertretung für eine starke Industrie

Mit rund 1,36 Millionen Erwerbstätigen im Inland, einer Produktion von 212 Mrd. € und einem Exportanteil von 79 % (Stand 2017) ist der deutsche Maschinen- und Anlagenbau größter industrieller Arbeitgeber und einer der führenden Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland. Mit Technik für Menschen liefern wir Lösungen für die vor uns liegenden Herausforderungen.

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) ist Interessenvertreter, Dienstleister und Ansprechpartner für rund 3.200 überwiegend mittelständisch geprägte Unternehmen und damit der bedeutendste Industrieverband in Europa. Als Plattform von 38 Fachverbänden des Maschinenbaus bildet er die gesamte Wertschöpfungskette der Investitionsgüterindustrie ab – von der Komponente bis zur kompletten Anlage, vom Systemlieferanten bis zum Dienstleister, von kommunizierenden Maschinen bis zu einer sich selbst organisierenden Logistik.

Als Wirtschaftsverband setzt sich der VDMA national wie international für seine Mitglieder ein. Er vertritt die Interessen der Maschinenbauindustrie konstruktiv und ist insgesamt dem gesamtwirtschaftlichen Fortschritt in Europa verpflichtet. Seine wirtschaftspolitischen Positionen leiten sich ab aus der Überzeugung, dass Wettbewerb, Eigenverantwortung und offene Märkte die unverzichtbare Basis darstellen für den von Innovationen und Investitionen getragenen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Erfolg. Es soll auch in Zukunft attraktiv sein, Unternehmer in Deutschland und Europa zu sein.



Versäumtes aufholen, Neues schaffen!

Neues schaffen



Die Neuauflage unserer wirtschaftspolitischen Positionen erscheint zum richtigen Zeitpunkt. In Deutschland beginnt eine neue Legislaturperiode. Das ist genau der Augenblick, um Neues in Angriff zu nehmen, Überholtes über Bord zu werfen, bislang Versäumtes endlich aufzuholen und Zukunftsfelder wie die Digitalisierung konsequent zu besetzen. Aus unserer Sicht heißt das: eine neue Regierung muss eine Politik verfolgen, die ganz klar auf Innovation und Investitionen setzt. Das Thema Bürokratieabbau muss dabei im Mittelpunkt stehen.

Wir selbst stellen uns dieser Aufgabe mit großem Engagement. Wir sichern so unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze in Deutschland, Europa und weltweit. Aufgabe des Staates ist es, unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehören eine mittelstandsfreundliche steuerliche Forschungsförderung ebenso wie eine unbefristete allgemeine degressive Abschreibung. Hinzu kommen muss die Bereitstellung einer Infrastruktur, die dem industriellen Mittelstand den Fortbestand wettbewerbsfähiger Produktion in Deutschland und Europa ermöglicht und den Einstieg in neue Felder wie z. B. Industrie 4.0 erleichtert, gerade auch im ländlichen Raum. Zudem braucht unser Land eine Bildungsoffensive.

In der sozialen Marktwirtschaft sind die Aufgaben von Politik und Wirtschaft klar verteilt, doch sie greifen eng ineinander. Das macht gerade in diesen schnelllebigen, digitalen Zeiten einen engen Austausch unverzichtbar. Wir, der VDMA und seine 3.200 Mitgliedsunternehmen, sind dazu bereit.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Carl Martin Welcker'. The signature is fluid and cursive.

Carl Martin Welcker
VDMA-Präsident

Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik

Daten und Fakten

- Deutschland zweitester EU-Maschinenbau-Standort:
Arbeitskosten pro Stunde (2016)¹ 43,80 €
- Personalkostenanteil am Bruttoproduktionswert (2015)²
 - Maschinenbau im Durchschnitt 26,3 %
 - Maschinenbau-Fachzweige von 19,7% bis 36,5%
- Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Maschinenbau (2016)² 60.034 €
- Langzeitarbeitslose in Prozent der Erwerbsbevölkerung³

	2016	2005
– Deutschland	1,7 %	5,9 %
– EU (28)	4,0 %	4,0 %
- Hohe Bedeutung der Stammebelegschaft⁴:
 - Anteil geringfügig Beschäftigter im Maschinenbau unter 5 %
 - Anteil der Stellenangebote mit Befristung aus dem Maschinenbau ca. 15 %
- Zeitarbeit:
 - Rund 90 % der Maschinenbauer nutzen Zeitarbeit⁵
 - Verhältnis Zeitarbeitnehmer zu Stammebelegschaft (Zeitarbeitsquote) im Maschinenbau⁶ 5 bis 6 %
 - Seit 1.11.2012 Branchenzuschläge für die M+E Industrie, gestaffelt nach Einsatzzeit 15 bis 50 %
- Selbständige Werkvertragsnehmer sind im Durchschnitt höher qualifiziert, verdienen besser und haben mehr Autonomie am Arbeitsplatz als abhängig Beschäftigte⁷
- Tarifbindung im VDMA Mitgliederkreis (2017)⁸:
 - Ohne Tarifbindung 64 %
 - Mit Tarifbindung 36 %
 - Davon Flächentarifvertrag 82 %
 - Davon Haustarifvertrag 15 %

¹Quelle: VDMA-Schätzung

²Quelle: Statistisches Bundesamt

³Quelle: EUROSTAT

⁴Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁵Quelle: VDMA-Umfrage

⁶Dezember 2016; Quelle: VDMA-Schätzung

⁷Quelle: IW Köln

⁸Quelle: VDMA-Umfrage

VDMA-Position

Internationale Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltiges Wachstum und eine langfristige Beschäftigungssicherung benötigen Anpassungsfähigkeit an ein dynamisches Umfeld, eine arbeitsteilige Wertschöpfung und einen flexiblen Arbeitsmarkt. Die Digitalisierung erfordert moderne Rahmenbedingungen für ein Arbeiten 4.0. Dabei müssen mehr betriebliche und individuelle Gestaltungsspielräume eröffnet werden, um den Interessen von Arbeitgebern und Beschäftigten unkompliziert gerecht werden zu können. Pauschale gesetzliche Regelungen werden in Zukunft noch weniger die richtigen Antworten auf die neuen Herausforderungen sein können.

- Flexibilität des Arbeitsmarktes erhalten und ausweiten
 - Keine weitere Regulierung von Zeitarbeit und Befristungen
 - Reform des Kündigungsschutzes mit einer optionalen Abfindung
- Arbeitszeitgesetz anpassen – Ruhezeiten flexibilisieren, von täglicher auf wöchentliche Höchstarbeitszeit umstellen
- Home-Office, Gleitzeit, Vertrauensarbeitszeit, Arbeitszeitkonten, Jobsharing oder Weiterbildung – Ausgangspunkt müssen individuelle Lösungen sein
- Werk- und Dienstverträge als Grundlage für Wissens- und Innovationsnetzwerke in einer arbeitsteiligen Wirtschaft anerkennen
- Koalitionsfreiheit schützen – keine systematische Benachteiligung nicht-tarifgebundener Unternehmen
- BetrVG überarbeiten – keine Ausweitung der Mitbestimmung
- Legalisierung betrieblicher Bündnisse für Arbeit
- Weiterentwicklung des Flächentarifvertrages
 - Größere betriebliche Gestaltungsspielräume
 - Reduzierung auf echte Mindestbedingungen
 - Stärkere Tarifspreizung im Niedriglohnbereich
- Anpassung des Entgelt- und Sicherungssystems an tendenziell späteren Ausstieg aus dem Berufsleben, behutsame Abkehr vom Senioritätsprinzip, weiterer Ausbau der „Flexi-Rente“
- Frauenförderung primär durch gezielte Qualifizierung für Führungspositionen, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Keine zusätzlichen Belastungen z. B. durch die Einführung einer „Anti-Stress-Verordnung“ oder des Entgeltgleichheitsgesetzes

Außenwirtschaft

Daten und Fakten

- Hoher Offenheitsgrad der deutschen Wirtschaft:

	2016	2005
– Exportanteil am BIP ¹	38,5 %	37,3 %
– Importanteil am BIP ¹	30,5 %	30,7 %
– Deutscher Direktinvestitionsbestand im Ausland (2015)	rund 1.051 Mrd. €	
- Neue Herausforderungen für die traditionelle Welthandelsordnung durch Handel mit Dienstleistungen sowie digitalen Produkten und elektronisch vertriebenen Waren
- Deutsches Exportvolumen (2016) 1.207 Mrd. €
- Maschinenbau (2016)²:

– Exportvolumen	156 Mrd. €
	(2015: 156 Mrd. €)
– Exportquote ³	76,4 %
	(2015: 77,3 %)
– Maschinenhandelsüberschuss (Export minus Import)	92 Mrd. €
	(2015: 94 Mrd. €)
– Welthandelsanteile (2016) ⁴	
Deutschland	15,7 %
China	13,3 %
USA	10,2 %
Japan	9,2 %
– Deutsche Anbieter sind Weltmarktführer in 15 von 31 Fachzweigen des Maschinen- und Anlagenbaus	
– Deutscher Direktinvestitionsbestand im ausländischen Maschinenbau (2015)	34,8 Mrd. €
- Exportkreditgarantien des Bundes (2016)

– Summe	20,6 Mrd. €
– Davon 83 % für Lieferungen in Schwellen- und Entwicklungsländer	
– Jahresüberschuß	1,2 Mrd. €

¹vorläufig

²Quelle: VDMA

³Export in Prozent der Produktion

⁴Anteil des Maschinenbaus am Maschinenexport der wichtigsten Lieferländer

VDMA-Position

Die Wirtschaftspolitik muss sich aktiv für die Wettbewerbsfähigkeit der Investitionsgüterindustrie einsetzen – in Deutschland, in Europa und weltweit. Das steigende Auslandsengagement der deutschen Investitionsgüterindustrie spiegelt das Zusammenwachsen der Weltwirtschaft wider und sichert Beschäftigung im In- und Ausland. Das ständige Auf und Ab in wichtigen Exportmärkten belegt die Notwendigkeit, flexibel zu bleiben und neue Märkte zu erschließen. Die Vorteile der Globalisierung dürfen nicht durch zunehmende Handelskonflikte und politisch motivierte Restriktionen gefährdet werden.

- Bewusstsein in Politik und Zivilgesellschaft für die Bedeutung von Freihandel für Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland schaffen
- Freihandel fördern, Protektionismus konsequent bekämpfen
 - WTO und EU als Garanten für freien Welthandel stärken
 - Aktiv für Freihandelsabkommen der EU mit wichtigen Wachstumsmärkten einsetzen
 - Eintreten für bilaterale Vereinbarungen, die, wie z. B. das EU-Investitionsabkommen mit China, tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse beseitigen
- Wettbewerbsgerechte Ausgestaltung der Exportfinanzierung
 - Vereinfachung der Hermes-Verfahren, insbesondere für kleinere Aufträge (Small Tickets)
 - Gewährleistung eines Bankangebots speziell für Small Ticket-Finanzierungen
 - Vergleichbare Bedingungen bei der Finanzierung und Risikoabsicherung für OECD und Nicht-OECD-Länder
- Außenwirtschaftspolitik als Aufgabe ersten Ranges verstehen
 - Außenwirtschaftsbürokratie abbauen
 - Auslandsmessepolitik weiterhin verlässlich und nachfrageorientiert gestalten
 - Markteintritt in neue Märkte, z. B. Afrika, stärker flankieren
- Exportkontrolle verbessern
 - Rechtslage vereinfachen, insbesondere bei Embargos
 - Kein Missbrauch der EU-Dual-Use-Kontrolle für sachfremde Kontrollziele (Menschenrechte, Terrorismusbekämpfung)

Digitalisierung – Industrie 4.0

Industrie 4.0

Daten und Fakten

- Von Industrie 1.0 zu Industrie 4.0¹:
 - 1784 erster mechanischer Webstuhl (Industrie 1.0)
 - 1870 erstes Fließband (Industrie 2.0)
 - 1969 erste speicherprogrammierbare Steuerung (Industrie 3.0)
 - 2011 Cyber Physical System (Industrie 4.0)
- Maschinen- und Anlagenbau ist sowohl Anbieter und Anwender von Industrie-4.0-Technologien als auch Datenlieferant für die Industrie 4.0. Die Daten der Maschinen werden erfasst, verstanden, interpretiert und in Innovation übersetzt
- Ausgangssituation für den Industriestandort Deutschland
 - Marktführerschaft im Maschinen- und Anlagenbau
 - Weltweit beachtete IT-Kompetenz
 - Innovationsführerschaft in Embedded Systems und der Automatisierungstechnik
- Internet der Dinge: Schon heute sind geschätzt 17 Milliarden Geräte über das Internet vernetzt. Bis 2020 können es bis zu 50 Milliarden sein²
- Ein Drittel der Unternehmen hat eine dezidierte Digitalisierungsstrategie, ein weiteres Viertel will bis 2019 eine Digitalisierungsstrategie einführen³
- Neue datenbasierte Geschäftsmodelle werden 2020 mehr als 10 % zum Umsatz beitragen (bisher 3 %)⁴

¹Quelle: Promotorengruppe Kommunikation der Forschungsunion Wirtschaft – Wissenschaft (Hrsg.), Deutschlands Zukunft als Produktionsstandort sichern, Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt, Industrie 4.0, S. 17, 2013

²Quelle: Massachusetts Institute of Technology, Ericsson, Cisco

³Quelle: Studie IMPULS Stiftung „Digital-vernetztes Denken in der Produktion“, 2016

⁴Quelle: VDMA/McKinsey-Studie „How to succeed: Strategic options for European Machinery“, 2016

VDMA-Position

Das Internet verändert die Lebens- und Arbeitswelt radikal. Die industrielle Produktion ist ein wesentlicher Treiber des digitalen Wandels. Dem Maschinen- und Anlagenbau kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Industrie 4.0 schafft gänzliche neue Potenziale für eine intelligente Produktion und neue Geschäftsmodelle. Nur im Schulterschluss mit Gesellschaft und Politik können die wachsenden Anforderungen an Forschung und Entwicklung, Ausbildung und Qualifizierung, Normen und Standards, Rechts- und Datensicherheit erfüllt werden. Deutschland muss sich als Leitmarkt und -anbieter positionieren.

- Digitale Infrastruktur flächendeckend und leistungsstark ausbauen
 - Perspektivisch mind. 1 Gbit/Sek. notwendig
 - Vectoring ist Brückentechnologie, Quasimonopole verhindern
 - Symmetrische Up- und Downloadraten
 - Geringe Latenz bei der Datenübertragung
 - Mobile Verfügbarkeit (5G)
- Industrie 4.0 europäisch, besser noch global denken
 - EU-Binnenmarkt für Produkte und Fabriken
 - „Faire“ Rahmenbedingungen für Datenwirtschaft
- Industrie 4.0 Forschung stärken
 - Ausbau der industriellen Gemeinschaftsforschung
 - Transfer durch breitenwirksame Innovationsplattform
 - Grenzüberschreitende Testumgebungen
- Industrie 4.0 Security sicherstellen
 - Weltweite Harmonisierung von Anforderungen
 - Markteintrittsbarrieren beseitigen
 - Security in Produktentwicklung und -lebenszyklus fördern
- Legislative Schnellschüsse vermeiden, Raum für Innovationen lassen
 - EU-weite Evaluierung des derzeitigen Rechtsrahmens
 - Vertragsautonomie achten, Eigentumsrechte respektieren
- Weiterbildung und Neuqualifizierung fördern, insbesondere Softwarekompetenz ausbauen
- Standardisierung als Schlüssel zur Umsetzung von Industrie 4.0
 - Anerkannte Standards schaffen und in Testumgebungen validieren
 - Kooperation von nationalen und internationalen Normungsgremien mit bestehenden Industriekonsortien stärken

Energie und Klima

Daten und Fakten

- Anteil Kosten durch Energieverbrauch am Bruttoproduktionswert in Deutschland (2015)¹
 - Maschinenbau 0,9 %
 - Verarbeitendes Gewerbe 1,8 %
 - Herstellung von Chemischen Erzeugnissen 3,7 %
- Anteile der Energieträger an der Bruttostromerzeugung (684,4 TWh) in Deutschland (2016)²
 - Braunkohle 23,1 %
 - Steinkohle 17,2 %
 - Kernenergie 13,1 %
 - Erdgas 12,2 %
 - Windenergie 12,1 %
 - Biomasse 6,9 %
 - Photovoltaik 5,9 %
 - Wasserkraft 3,2 %
 - Sonstige 6,3 %
- Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Stromverbrauch in Deutschland (2016)² 29,0 %
- Strompreise für die Industrie (2016), Indexwerte³
 - Frankreich 57
 - EU (28) 73
 - Italien 91
 - Deutschland 100
- EEG-Differenzkosten (2016)⁴ 23,1 Mrd. €
- Emissionshandelspreise (Nov./Dez. 2016)⁵
 - Kalifornien und Quebec 13,80 USD
 - China (nur Beijing) 7,53 USD
 - Deutschland und EU (via EU ETS) 5,45 USD
 - Südkorea 18,81 USD

¹Quelle: Statistisches Bundesamt

²Quelle: AG Energiebilanzen e. V., vorläufig

³Monatliche Bruttostromkosten von Industrieunternehmen mit 500 – 2.000 MWh Jahresverbrauch; Ursprungsdaten: Eurostat

⁴Quelle: BMWi, Prognose

⁵Quelle: ICAP Quarterly – Global Trends in Emission Trading, Issue14

VDMA-Position

Der Maschinen- und Anlagenbau ist weltweit Anbieter für neue und nachhaltige Energiesysteme. Er ist aber auch Anwender solcher Lösungen und trägt daher die Systemkosten mit. Wir bekennen uns zum Pariser Klimaschutzabkommen sowie den Zielen der Energiewende in Europa und Deutschland. Langfristig muss sich Energie- und Klimapolitik ökonomisch rechnen. Dafür braucht es verlässliche politische Rahmenbedingungen. Marktwirtschaftliche Instrumente müssen dabei Vorrang vor ordnungsrechtlichen Eingriffen haben.

- Umsetzung des 2020er-Klimaziels mit volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in Einklang bringen; 2030er und 2050er Ziele verbindlich, planbar und nachhaltig im europäischen Rahmen erreichen
- Emissionshandel auf europäischer Ebene stärken
 - Zertifikate-Preis muss Lenkungswirkung entfalten
 - ETS kompatible CO₂-Bepreisung auf internationaler Ebene anstreben, keine deutschen Alleingänge
- Energiewende technologieneutral, energieeffizient, sektorenübergreifend und digitalisiert voranbringen
- Politikziele Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichgewichtig berücksichtigen
- Wertschöpfungsketten in Deutschland und Europa erhalten
- Probleme des Energiemarktes beheben
 - Externe Kosten nach dem Verursacherprinzip internalisieren
 - Ökonomisch tragfähigen und in sich schlüssigen Rahmen für Sektorkopplung entwickeln
 - Umweltfreundliche Technologien wettbewerbsfähig machen
- Energieversorgung klimafreundlich und zukunftsfähig gestalten
 - Ausbaupfade der erneuerbaren Energien konsequent weiterverfolgen, mit Sektorkopplung und Netzausbau abstimmen
 - Bestehenden Kraftwerkspark durch Flexibilisierung und treibhausgasneutrale Brennstoffe zukunftsfähig machen
 - Energiewende im Verkehr mit alternativen Antriebs- und Kraftstoffoptionen ermöglichen
- Energieeffizienz als zentraler Bestandteil der Energiewende – Aufkommens- und technologie neutrale, auf Freiwilligkeit basierende Investitionsanreize setzen

Daten und Fakten

- Deutscher Anteil am Maschinenbauumsatz der EU 28¹ 40 %
- Deutsche Maschinenbau-Exporte in die EU 28² 72,5 Mrd. €
 - Frankreich 10,2 Mrd. €
 - Vereinigtes Königreich 7,4 Mrd. €
 - Italien 7,0 Mrd. €
 - Niederlande 6,3 Mrd. €
 - Österreich 6,2 Mrd. €
- Deutscher Direktinvestitionsbestand im Maschinenbau der EU 28³ 10,8 Mrd. €
- Handelsverflechtung der EU mit Großbritannien⁴
 - Exporte EU nach Großbritannien 315,4 Mrd. €
 - darunter Maschinen 20,1 Mrd. €
 - Importe EU aus Großbritannien 179,3 Mrd. €
 - darunter Maschinen 11,1 Mrd. €
- Verteidigungsausgaben in der EU pro Jahr⁵
 - Einzelstaaten 227 Mrd. €
 - Europäischer Verteidigungsfonds 5,5 Mrd. €
- Staatsverschuldung in EU-Ländern⁶
 - Europäische Union (28) 83,5 %
 - Euroraum (19) 89,2 %
 - Niederlande 62,3 %
 - Deutschland 68,3 %
 - Frankreich 96,0 %
 - Italien 132,6 %
- Die EU-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung von derzeit 15 % bis 2020 auf 20 % zu erhöhen⁷
- 74 % der Europäer glauben, dass die EU zu viel Bürokratie schafft⁷

¹ 2016; Quelle: EUROSTAT, VDMA-Schätzung

² 2016; Quelle: Statistisches Bundesamt, VDMA

³ 2015; Quelle: Deutsche Bundesbank

⁴ 2016; Quelle: EUROSTAT, Statistisches Bundesamt, VDMA

⁵ Quelle: NATO, Munich Security Report

⁶ Anteil am BIP 2016; Quelle: EUROSTAT

⁷ Quelle: EU Kommission

VDMA-Position

Frieden und Stabilität in Europa, der einheitliche EU-Binnenmarkt, die Gemeinschaftswährung EURO und die Öffnung von Drittmärkten durch EU-Handelsverträge sind wesentliche Erfolgsfaktoren für die globale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Der europäische Maschinenbau hat wie kaum eine andere Industrie von den Errungenschaften der EU profitiert. Brexit und der in vielen Ländern aufkommende Nationalismus zeigen jedoch, dass der Fortbestand des europäischen Projekts keine Selbstverständlichkeit ist. Es reicht nicht aus, sich zu Europa zu bekennen. Es bedarf zusätzlich dringend notwendiger Reformen, um es zu stärken. Denn nur so können wir gegenüber anderen global agierenden Machtzentren politisch und wirtschaftlich bestehen.

- EU-Reform voranbringen – Europa handlungsfähig machen
 - Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar definieren, Transparenz erhöhen
 - Zuständigkeiten der EU nach dem Subsidiaritätsprinzip neu ordnen und adäquat finanzieren
 - Verteidigungspolitik, innere Sicherheit und Flüchtlingspolitik europäisieren, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik national ausgestalten
 - EU demokratisieren, Einstimmigkeitserfordernis abschaffen, qualifiziert Mehrheiten ermöglichen
- Voraussetzung für gemeinsame europäische Finanz- und Steuerpolitik sind effiziente Systeme auf nationaler Ebene
- Brexit – Handelsvertrag mit Vereinigtem Königreich gestalten
 - Zölle bilateral vermeiden, Zollbürokratie minimieren
 - Technische Gesetzgebung durch regulatorische Zusammenarbeit
 - Keine Einschränkungen bei Entsendung von Arbeitskräften
- Eurozone reformieren und stabilisieren
 - Aufnahme neuer Mitgliedsländer nur nach strenger Prüfung der Konvergenzkriterien
 - Mechanismus entwickeln, um Austritte aus der Eurozone grundsätzlich zu ermöglichen
- Keine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken ohne politische Union mit Budget- und Kontrollrechten auf europäischer Ebene

Fachkräftesicherung und Bildung

Fachkräftesicherung

Daten und Fakten

- Maschinenbau ist einer der größten Arbeitgeber für Ingenieure
 - Über 191.000 Ingenieure, davon 8,5 % Ingenieurinnen¹
 - Anteil der Ingenieure an den Beschäftigten im Maschinenbau insgesamt¹ 16,7 %
- Hohe Studienabbruchquoten in ingenieurwissenschaftlichen Bachelor-Studiengängen an deutschen Hochschulen²
 - Maschinenbau (Universität) 31 %
 - Maschinenbau (Hochschule f. angew. Wissenschaft) 32 %
 - Elektrotechnik (Universität) 45 %
 - Elektrotechnik (Hochschule f. angew. Wissenschaft) 42 %
- Überdurchschnittliches Engagement des Maschinenbaus in der dualen Ausbildung³
 - Ausbildungsquote Maschinenbau (2016) 6,3 %
 - Ausbildungsquote Verarbeitendes Gewerbe (2016) 5,1 %
 - Anteil Ausbildungsbetriebe Maschinenbau (2015) 40,8 %
 - Anteil Ausbildungsbetriebe Verarb. Gewerbe (2015) 32,3 %
- Engpässe bei der Gewinnung von Fachkräften:
Durchschnittliche Vakanzzeit für offene Stellen im Bereich⁴
 - Mechatronik/Automatisierungstechnik 135 Tage
 - Energietechnik 148 Tage
- Ungenutzte Fachkräftepotenziale im In- und Ausland
 - Anteil Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (2016)⁵ 5,7 %
 - Rund 300.000 Jugendliche in Maßnahmen zwischen Schule und Berufsausbildung⁵
 - 2015 studierten 229.000 Ausländer in Deutschland, 6,9 % aller Auslandsstudenten in der OECD⁶
 - Anteil ausländischer Studierender in den Ingenieurwissenschaften im Wintersemester 2016/2017⁵ 17,2 %

¹Quelle: VDMA Ingenieur-Erhebung 2016

² 2017; Quelle: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung

³ jeweils 31.12.; Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des BIBB

⁴ Juni 2017; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁵ Quelle: Statistisches Bundesamt

⁶ Quelle: OECD

VDMA-Position

Qualifizierte Mitarbeiter sind ein entscheidender Faktor für den Erfolg des Maschinen- und Anlagenbaus. Mit Industrie 4.0 wird der bestehende Trend zur Höherqualifizierung weiter zunehmen. Schon heute fehlt es regional an qualifiziertem Nachwuchs bei Ingenieuren und Facharbeitern. Abbruchquoten müssen reduziert, brachliegende Potenziale im Inland besser erschlossen, Flüchtlinge qualifiziert und geeignete Zuwanderer gewonnen werden. Die Fachkräftesicherung muss als gesamtgesellschaftliches Interesse von Bund und Ländern in den Bildungsinstitutionen verstanden und angegangen werden.

- Allgemeine schulische Bildung
 - Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen stärken
 - Technik-, IKT-Kompetenzen und Berufsorientierung stärken
- Berufliche Bildung
 - Duale Ausbildung erhalten und stärken
 - Berufsstand der Facharbeiter wertschätzen
 - Beruflich erworbene Kompetenzen besser anerkennen
- Studium
 - Qualität der Lehre in den Ingenieurwissenschaften verbessern und Abbruchquoten ohne Qualitätsverlust reduzieren
 - IKT-Kompetenzen (Industrie 4.0) erhöhen
 - Praxisorientierung im Studium erhöhen
- Weiterbildung
 - Fähigkeit zum lebenslangen Lernen vermitteln
 - Generationenübergreifenden Wissenstransfer sicherstellen
- Inländische Beschäftigungspotenziale
 - Mehr junge Leute innerhalb der Schullaufbahn zum Abschluss führen
 - Mehr Ganztags- und Betreuungsangebote
 - Qualifizierte ältere Mitarbeiter länger beschäftigen
- Qualifizierte Zuwanderung/Flüchtlinge
 - Attraktivität des Beschäftigungsstandorts Deutschlands erhöhen
 - Asylsuchende mit Bleiberecht qualifizieren und ihnen den schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen

Daten und Fakten

- Unternehmensanteil an den gesamten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland¹ zwei Drittel
- Interne Aufwendungen der deutschen Wirtschaft für FuE 2016¹ 63 Mrd. €
Anteil des Maschinenbaus daran 9,0 %
- Zuwachs des FuE-Personals im Maschinenbau zwischen 2011 und 2016¹ rd. 10 %
- Eigenfinanzierungsanteil der gesamten FuE-Aufwendungen 2015¹ (in Klammern Staatsanteil)
 - Maschinenbau 95,1 % (2,1 %)
 - Wirtschaft insgesamt 89,3 % (3,3 %)
- Hohe Innovationskraft und technische Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Maschinenbaus
 - Arbeitgeber für 191.000 Ingenieure²
 - Innovation ist Forschung, Entwicklung und Konstruktion: 48 % der Ingenieure arbeiten in diesem Bereich²
 - Innovationsaufwendungen des Maschinenbaus: 14,6 Mrd. € (2015), 5,9 % des Umsatzes³
 - Anteil Unternehmen mit Innovationen (2015)³ 55 %
 - 21 % des Branchenumsatzes im Jahr 2015 wurde mit Produktneuheiten generiert
- 70 % der VDMA-Mitglieder sind von Produkt- oder Markenpiraterie betroffen. Der geschätzte Schaden für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau beträgt 7,3 Mrd. Euro jährlich⁴
- Rund 600 vertraglich gebundene Forschungsprojekte in Betreuung der VDMA-Forschungsvereinigungen
- Länderanteile bei Maschinenbau-Patentanmeldungen am Europäischen Patentamt (2004 – 2013)⁵
 - Deutschland 24 %
 - USA 19 %
 - Japan 18 %

¹Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik

²2016; Quelle: VDMA Ingenieurhebung

³Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

⁴Quelle: VDMA Studie Produktpiraterie 2016

⁵Quelle: EUROSTAT, 2016

VDMA-Position

Forschung und Innovation liegen im ureigenen Interesse der Unternehmen, dienen jedoch auch der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und Europa. Der Staat sollte deshalb mit innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen unterstützen, jedoch nicht lenkend eingreifen. Mit seinen Produkten und Dienstleistungen bietet der Maschinen- und Anlagenbau innovative Lösungen für die drängenden Herausforderungen unserer Zeit und sichert so seine und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Kunden. So ist der Maschinen- und Anlagenbau Schlüsselindustrie für das Gelingen von Industrie 4.0, der Mobilität von morgen und Ressourceneffizienz. Dabei werden neueste Technologien integriert und zur Anwendung gebracht – z. B. aus der Sensorik, Elektronik, der Industrial IT und der Künstlichen Intelligenz.

- Einführung einer allen Unternehmen offenstehenden steuerlichen Forschungsförderung
- Nachhaltiger finanzieller Ausbau der vorwettbewerblichen und breitenwirksamen Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF) des BMWi
- Stärkung der breitenwirksamen Verbund- und Produktionsforschung
- Optimierte Förderverfahren und Ergebnistransfer insbesondere zu KMU durch Innovationsplattformen wie die Effizienzfabrik
- Unternehmensfreundliche Gestaltung der europäischen Forschungsförderung (9. Rahmenprogramm)
 - Vorwettbewerblichkeit und Breitenwirksamkeit sicherstellen
 - Grenzüberschreitende Industrieforschung stärken
- Zugang des industriellen Mittelstands, insbesondere der „Midrange Companies“, zu den Fördermaßnahmen in Deutschland und der EU verbessern
- Innovationsschutz: Stärkung der gewerblichen Schutzrechte, Bekämpfung von Produktpiraterie und Wirtschaftsspionage, Schutz von Unternehmensdaten und Betriebsgeheimnissen

Soziale Sicherung

Daten und Fakten

- Anstieg der Sozialausgaben¹

	2016	2006
– Insgesamt (Mrd. €)	918	666
– Je Einwohner (€)	11.181	8.086
– Anteil am BIP (%)	29,3	27,8
- Lohnzusatzkosten:
Summe der Beitragssätze zur Sozialversicherung (2018)² 39,75 %
- Bundeszuschuss zur Rentenversicherung insgesamt (2016)³:

– Absolut (Mrd. €)	69,7
– Anteil an gesamten Renteneinnahmen	24,4 %
- (Erwarteter) Altersquotient⁴:

– 2020	37
– 2040	54
– 2060	60
- Durchschnittliches Rentenzugangsalter in Deutschland (2016)³

– Insgesamt	61,8 Jahre
– Altersrenten	64,1 Jahre
– Durchschnittliche Rentenbezugsdauer (2016) ³	19,6 Jahre
- Leistungsausgaben je Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung in €⁵

– 2016	2.946
– 2006	1.970
- Leistungsausgaben in der sozialen Pflegeversicherung in Mrd. €⁵

– 2016	28,3
– 2006	17,1

¹ 2016 geschätzt; Quelle: BMAS, Statistisches Bundesamt

² erwarteter Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil in Prozent des beitragspflichtigen Entgelts; Stand 12/2017

³ Quelle: Deutsche Rentenversicherung

⁴ Quelle: Statistisches Bundesamt, 65-Jährige und Ältere in Prozent der Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen

⁵ Quelle: BMG

VDMA-Position

Effiziente Sozialversicherungssysteme sind nicht nur Voraussetzung für wettbewerbsfähige Lohnzusatzkosten, sondern auch einer wirtschaftlichen Mittelverwendung. Das sorgt für mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen, dient dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Absicherung existenzieller Lebensrisiken in Deutschland. Statt mit einer rückwärtsgewandten Umverteilungspolitik die künftigen Generationen weiter zu belasten, müssen die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig und grundlegend reformiert und saniert werden.

- Sozialkassen nicht zweckentfremden für Aufgaben der allgemeinen staatlichen Fürsorge; Sozialausgleich im Steuer- und Transfersystem
- Strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips – Beschränkung der staatlich verordneten sozialen Sicherung auf die Abdeckung der Grundrisiken Altersarmut, Krankheit und Arbeitslosigkeit
- Lohnzusatzkosten signifikant unter 40 % halten
- Reform der Rentenversicherung
 - Stabilisierung der gesetzlichen Rente zu einer Grundsicherung unter Wahrung bereits erworbener Anwartschaften
 - Renteneintrittsalter flexibilisieren; Anreize für freiwilligen späteren Renteneintritt setzen
 - Frühverrentung begrenzen, versicherungsmathematisch korrekte Abschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn
 - Ermutigung zu kapitalgedeckter Eigenvorsorge und betrieblicher Altersversorgung
- Reform der Krankenversicherung
 - Wettbewerb zwischen den Kassen, keine Bürgerversicherung
 - Entkoppelung von Arbeitsverhältnis und Versicherung – GKV-Beiträge in Form einer Bürgerpauschale
 - Missbrauch von Krankenkassen begrenzen, bessere Anreize für kostenbewusstes Verhalten der Patienten durch Leistungstransparenz und Selbstbeteiligung
- Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II an den Erfordernissen des Niedriglohnbereichs ausrichten
 - Beachtung des Lohnabstandsgebots
 - Anreize zur Arbeitsaufnahme durch bessere Zuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II

Daten und Fakten

	2017 ¹	2007	1997
• Staatsquote ²	44,2 %	42,8 %	48,1 %
• Abgabenquote ²	39,5 %	37,7 %	39,4 %
• Steuerquote ²	23,9 %	22,4 %	21,5 %
• Schuldenstandsquote ²	65,3 %	63,7 %	58,7 %
• Zinssteuerquote ³	5,1 %	11,9 %	15,5 %
• Die Nettoumsatzrendite (Jahresergebnis in % der Gesamtleistung) lag 2015 im Maschinenbau bei 4,1 % ⁴ . Von den erfassten Unternehmen hatten <ul style="list-style-type: none"> – 50 % eine Nettoumsatzrendite von höchstens 3,0 % – 25 % eine Nettoumsatzrendite von höchstens 0,6 % 			
• Gewerbesteuer ⁵ <ul style="list-style-type: none"> – Investitionsfeindliche Besteuerung der Unternehmenssubstanz – Weniger als 10 % der Unternehmen tragen über 90 % des Gewerbesteueraufkommens 			
• Steuer- und Abgabenlast eines mittelständischen Unternehmens im Jahr 2015 (Anteil vom Gewinn) ⁶ <ul style="list-style-type: none"> – Deutschland – Welt 			48,9 % 40,6 %
• Zeit, die ein mittelgroßes Unternehmen mindestens dafür aufwendet, seine Steuerschuld zu berechnen, Steuererklärungen anzufertigen und Steuern abzuführen ⁶ <ul style="list-style-type: none"> – Deutschland – Großbritannien – Frankreich – USA 			218 Stunden 110 Stunden 139 Stunden 175 Stunden

¹ Prognosen Sachverständigenrat bzw. Finanzplanung (Schuldenstand)

² im Verhältnis zum BIP in jeweiligen Preisen; Quelle: Sachverständigenrat

³ Quelle: Sachverständigenrat, Zinsen im Verhältnis zum Steueraufkommen

⁴ Quelle: Deutsche Bundesbank

⁵ Quelle: BDI/VCI

⁶ Quelle: Paying Taxes 2017, PWC/Weltbank

VDMA-Position

In Deutschland wird seit Jahren nur zurückhaltend investiert. Die zunehmende digitale Durchdringung der Produkte und Prozesse verstärkt das Problem zusätzlich – Deutschland riskiert seine gute Wettbewerbsposition. Das Steuerrecht muss mit international konkurrenzfähigen Steuersätzen, einem systematischen, einfachen Steuerrecht, schnelleren Abschreibungsmöglichkeiten sowie einer steuerlichen Forschungsförderung einen Beitrag für mehr private Investitionen und damit für mehr Wachstum leisten.

- Rückführung ertragsunabhängiger Steuern
 - Abschaffung der Erbschaftsteuer
 - Reform der Gewerbesteuer
- Stärkung von Investitionen und Innovationen
 - Unbefristete Wiedereinführung der 25%igen degressiven Abschreibung auf Anlageinvestitionen
 - Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung für alle Unternehmen
 - Finanzierungsneutralität durch Einführung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Eigenkapitalzinsen
- Reform des Einkommensteuertarifs – Abflachung des sog. „Mittelstandsbauchs“ durch niedrigere Grenzsteuersätze, keine Gegenfinanzierung über höheren Spitzensteuersatz
- Steuerstrukturreform verwirklichen, Konsolidierungserfolge sinnvoll nutzen, Steuerbürokratie abbauen
 - Faire Regelungen für international tätige Unternehmen zur Eindämmung von Gewinnverlagerungen (BEPS Aktionsplan) – Vertraulichkeit von Geschäftsdaten wahren
 - Mehr Transparenz bei der Verhandlung von Doppelbesteuerungsabkommen und Ausrichtung an der Freistellungsmethode
 - Adäquate Lösung finaler Doppelbesteuerungsfälle
 - Marktgerechte Verzinsung von Steuerforderungen und Pensionsrückstellungen
 - Angemessene Verlustverrechnungsmöglichkeiten für operativ entstandene Verluste – Beibehaltung des ungekürzten Verlustvortrags, Abschaffung Mindestbesteuerung, Ausweitung des Verlustrücktrags

Daten und Fakten

- Marktüberwachung
 - Von den 126 Verbraucherschutz-Schnellwarnungen (RAPEX) des Jahres 2016, die sich auf Produkte aus Deutschland bezogen, betrafen lediglich zwei Maschinen für Gewerbe und Verbraucher
- Technische Handelshemmnisse
 - Im Zweifelsfall relevant für jede Lieferung in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)
 - Marktvolumen dieser Lieferungen allein im Maschinenbau in Deutschland 82 Mrd. € (2016)
- „New Legislative Framework“ (NLF)
 - Umfasst ca. 30 Rechtsvorschriften für die CE-Kennzeichnung
 - Elf der bestehenden Rechtsvorschriften wurden bereits an den NLF angeglichen
- Konformitätsbewertungsverfahren durch den Hersteller
 - 95 % der Hersteller im Maschinenbau führen das Konformitätsbewertungsverfahren zum Nachweis der gesetzlichen Anforderungen selbst durch (Selbsterklärung)
- Normung als strategisches Element für eine starke Weltmarktstellung des Maschinenbaus
 - Trägerschaft der DIN-Normenausschüsse Maschinenbau (NAM) und Werkzeugmaschinen (NWM) mit ca. 3.000 nationalen und internationalen Normen, über 200 Gremien mit ca. 2.000 Experten
 - Ausrichtung auf die speziellen Bedürfnisse des mittelständischen Maschinenbaus (Anteil KMU 85 %)
 - Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des EU-Binnenmarkts: Verantwortung für mehr als 750 harmonisierte Normen zur EG-Maschinenrichtlinie
 - Erstellung von technischen Spezifikationen des Maschinenbaus (über 250 VDMA-Einheitsblätter)

VDMA-Position

Die Gesetzgebung zur Produktsicherheit bestimmt die Zugangsbedingungen auf den Investitionsgütermärkten wesentlich – in Europa und weltweit. Diese Gesetze müssen schlank, praxistauglich und innovationsfreundlich sein. Der EU-„New Legislative Framework“ ist ein Erfolgsmodell, das auch international genutzt werden sollte.

- Vermeidung von Dritt Zertifizierungen, weder für Produkte noch als Ersatz für Marktüberwachung
- Freier Warenverkehr durch einheitliche Anwendung und einheitlichen Vollzug der Binnenmarktvorschriften im Europäischen Wirtschaftsraum
- Fairer Wettbewerb und Marktüberwachung
 - Stärkung der staatlichen Marktüberwachung
 - Beibehaltung und Verstärkung physischer Kontrollen der Produkte statt einer Konzentration auf Konformitätsunterlagen
 - Keine Pflicht zum Einstellen von Herstellerunterlagen in eine Datenbank
- Europäische und internationale Normen als Basis für globale Harmonisierung von Marktzugangsbedingungen
 - Praxisnahe und innovationsfreundliche Norminhalte
 - Normung als marktkonformes Instrument der Selbstkoordination der Wirtschaft
- Stopp der Zertifizierungsflut, keine weiteren Zertifizierungsgrundlagen, auch nicht durch Managementsystemnormen
- Marktgerechte und wettbewerbsfördernde Gesetzgebung und Normung auf europäischer und internationaler Ebene zur Vermeidung einer Zersplitterung der Märkte
 - Stärkung der Eigenverantwortung der Unternehmen
 - Transparente und einheitliche Regeln für internationalen Handel und Verzicht auf abweichende nationale Bestimmungen
- Anwendung der bewährten Prinzipien des „New Legislative Framework“ auf Produktsicherheit und Arbeitsschutz

Daten und Fakten

- Vorreiterrolle Deutschlands im Umweltschutz – messbare Fortschritte bei der Entkoppelung des Wirtschaftswachstums von der Ressourcennutzung
- Industrie als Partner bei der Realisierung der angestrebten Umweltziele in Deutschland
 - Verringerung der Emission von Treibhausgasen 1990 bis 2016 insgesamt um 27 %, allein in der Industrie um 36 %¹
 - Umsatz mit Umweltschutzgütern (2015)² 66,0 Mrd. €
darunter Maschinenbau sowie Reparatur und Installation von Maschinen/Ausrüstungen 27,4 Mrd. €
 - Exportweltmeister bei Umweltschutzgütern (2013)³
Exportvolumen rund 50 Mrd. €
Welthandelsanteil 14,8 % (China 14,4 %, USA 11,8 %)
 - Investitionen der Industrie in den Umweltschutz (2014)² 7,9 Mrd. €
 - Starke Position bei Umweltinnovationen: Gemessen am Anteil an den internationalen Patentanmeldungen zählt Deutschland in allen Umweltbereichen zu den wichtigsten Patentanmeldern³
- Mit gut 9.400 nach ISO 14001-zertifizierten Unternehmen ist Deutschland einer der europäischen Vorreiter⁴
- Aktiver und wirksamer Beitrag des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus zum Umwelt- und Ressourcenschutz und zu zirkulären Geschäftsmodellen
 - Umwelt- und ressourcenschonende Fertigung in den eigenen Betrieben
 - Anbieter von nachhaltigen Lösungen für die Welt von morgen; das zeigen über 200 Erfolgsgeschichten der VDMA-Nachhaltigkeitsinitiative Blue Competence
 - Anbieter umwelttechnischer Anlagen, Ausrüstungen und Maschinen zur Vermeidung und Reduzierung schädlicher Umwelteinwirkungen

¹Quelle: Umweltbundesamt

²Quelle: Statistisches Bundesamt

³Quelle: BMU/Umweltbundesamt (Hrsg.), NIW/ISI 2015

⁴Quelle: International Organization for Standardization (ISO)

VDMA-Position

Umweltschutz, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft sind nur mit modernen Anlagen und Technologien des Maschinen- und Anlagenbaus erfolgreich umsetzbar. Dies gilt sowohl für die Produktion von Maschinen und Anlagen als auch für die damit hergestellten Produkte. Umweltprobleme lassen sich am besten dann lösen, wenn Umweltpolitik mehr auf Wettbewerb und Innovationsfähigkeit und weniger auf staatliche Regulierung setzt.

- Technologieoffene Formulierung von politischen Zielvorgaben
- Bevorzugung marktwirtschaftlicher Instrumente im Umweltschutz
- Entwicklung internationaler Standards und Harmonisierung in Gesetzgebung und Vollzug unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips
- Sach- und fristgerechte Eins-zu-eins-Umsetzung europäischer Vorschriften in nationales Recht, keine nationalen Sonderwege
- Anpassung des Umweltrechts auf ein notwendiges Mindestmaß
- Bürokratieabbau durch weniger Dokumentationspflichten
- Vollständige Harmonisierung der Umwelthanforderungen im Kontext der produktbezogenen Richtlinien
- Lebenszyklusübergreifende Produktbetrachtung
- Designanforderungen durch produktbezogenen Umweltschutz mit Augenmaß formulieren
- Eindämmung der Kennzeichenflut
- Anerkennung von freiwilligen Systemen zur Umweltverbesserung und Berichterstattung
- Stärkung der Betreiberverantwortung und Sicherung des Bestandschutzes bei der Neugestaltung von Regelungen im betrieblichen Umweltschutz
- Gleichbehandlung von EMAS und ISO 14001 bei Verwaltungs-erleichterungen für Betriebe mit zertifizierten Umweltmanagementsystemen

Zukunftsfähiger Staat

Daten und Fakten

- Deutsche Subvention nahe Rekordniveau¹
 - Subventionsvolumen (2015) 168,7 Mrd. €
 - In Relation zum Bruttoinlandsprodukt 5,7 %
 - Pro Einwohner 2.104 €
- Starke Selektivität der Finanzhilfen¹:
 - Über 80 % aller Subventionen an den Unternehmenssektor begünstigen bestimmte Sektoren
 - 63 % dieser sektorspezifischen Subventionen entfallen auf nur vier Sektoren², 39 % allein auf den Sektor Verkehr
- Bürokratiekosten der Wirtschaft³:
 - Erfüllungsaufwand ist seit 2011, dem Beginn der Erfassung, um 10,1 Mrd. € gestiegen, vor allem durch Einführung des Mindestlohns; den Hauptanteil (87 %) trägt die Wirtschaft
 - Weitere Einsparpotentiale vorhanden
- Staatsquote (2016)⁴: 44,3 %
- Umverteiler Staat:
 - Sozialleistungen pro Kopf (2016) 11.181 €
 - Anteil geleisteter Transfers an den Staatsausgaben 59 %
- Staatsverschuldung (2016)⁵ über 2,1 Bio. €
(68 % des jährlichen BIP)
 - Zinslast des Bundes (2016)⁶ 5,9 % der Steuereinnahmen
- Bildungsausgaben in Prozent des BIP⁷:
 - Deutschland 4,3 %
 - OECD 5,2 %
- Schrumpfendes produktives Vermögen des Staates:
Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre übersteigen die jährlichen Abschreibungen die Bruttoinvestitionen.
 - Anteil öffentliche Bruttoinvestitionen am BIP (2016)⁸ 2,12 %
(66 Mrd. €)

¹Quelle: Institut für Weltwirtschaft Kiel, Subventionen in Abgrenzung des Instituts

²Land- und Forstwirtschaft/Fischerei, Bergbau, Verkehr, Wohnungsvermietung

³Stand Juli 2017; Quelle: Normenkontrollrat

⁴Quelle: Sachverständigenrat, Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

⁵lt. Maastricht-Definition; Quelle: Deutsche Bundesbank

⁶Quelle: Sachverständigenrat

⁷2014; Quelle: OECD

⁸Quelle: Statistisches Bundesamt

VDMA-Position

Der Staat muss seine Kompetenzen, aber auch deren Grenzen kennen. Markt und Wettbewerb sind die besten Ratgeber für gute Politik. Gute Wirtschaftspolitik setzt auf die Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen und ein wachstumsfreundliches Umfeld, damit die Unternehmen sich eigenverantwortlich im Wettbewerb um die besten Lösungen bewähren können. Bund, Länder und Kommunen müssen solide und effizient wirtschaften und sich als Dienstleister für Bürger und Wirtschaft verstehen.

- Soziale Marktwirtschaft als politisches Leitbild
- Deutschland braucht einen Masterplan Subventionsabbau
 - Nachhaltige Rückführung ordnungspolitisch nicht begründbarer Subventionen
 - Subventionen nur in Ausnahmefällen, zeitlich begrenzt, degressiv ausgestaltet, laufende öffentliche Erfolgskontrolle
 - Subventionen transparenter machen (Subventionsregister), benachteiligten Unternehmen Recht zur Konkurrentenschutzklage einräumen
- Wachstumsbremsen lösen durch generellen Bürokratieabbau, Stärkung der Rolle des Normenkontrollrats
- Staatsfinanzen auf tragfähige Grundlage stellen
 - Eindämmung der Staatsverschuldung
 - Begrenzung der Staatstätigkeit, Deckelung der Staatsquote perspektivisch auf maximal 40 % des BIP
- Zukunftsorientierte Umschichtung der Staatsausgaben
 - Weniger konsumtive, mehr investive Ausgaben
 - Sicherung des Substanzerhalts und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur (Verkehrswege, Digitalisierung, Bildung)
- Effiziente Produktion der vom Staat bereitgestellten Leistungen
 - Vorrang für Wettbewerb und für private Leistungserstellung
 - Systematische Erschließung von Effizienzreserven
- Wissenschaftliche Erfolgskontrolle von Politikmaßnahmen
- Entscheidungsprozesse bereits im Vorfeld von Großprojekten partizipativ ausgestalten, auch zum Zweck einer deutlichen Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsdauern

Weitere Informationen

Die Gemeinsamen wirtschaftspolitischen Positionen des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus sowie weitere ausführliche Positionspapiere unter anderem zu Energie-, Europa-, Forschungs- oder Umweltpolitik finden Sie zum **Herunterladen** im Internet unter www.vdma.org/positionen

Der VDMA verfügt über ein breites Netzwerk von Repräsentanzen im In- und Ausland. Das VDMA-Hauptstadtbüro vertritt die **politischen Interessen** gegenüber der Bundespolitik in Berlin.

Ihr Ansprechpartner dort ist:

Andreas Rade

Telefon +49 30 306946-16

E-Mail andreas.rade@vdma.org

Für inhaltliche Fragen stehen in Frankfurt am Main zur Verfügung im Competence Center Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen:

Dr. Johannes Gernandt

Telefon +49 69 6603-1829

E-Mail johannes.gernandt@vdma.org

in der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik:

Dr. Ralph Wiechers

Dr. Susanne Krebs

Telefon +49 69 6603-1469

E-Mail susanne.krebs@vdma.org

Frankfurt am Main, im Januar 2018

VDMA

Lyoner Straße 18

60528 Frankfurt am Main

Telefon +49 69 6603-0

Fax +49 69 6603-1511

Internet www.vdma.org

www.twitter.com/vdmaonline

www.facebook.com/vdmaonline

VDMA Hauptstadtbüro

Friedrichstraße 95

10117 Berlin

Telefon +49 30 306946-0

Fax +49 30 306946-20

E-Mail berlin@vdma.org

VDMA European Office

Boulevard A. Reyers 80

1030 Brüssel

Telefon +32 27 06 82 05

Fax +32 27 06 82 10

E-Mail european.office@vdma.org

Internet www.vdma.org/europa

www.vdma.org